

## Ulis Corona-Newsletter vom 27. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

wieder einmal schauen alle auf eine Konferenz in Berlin. Viele Spekulationen ranken sich um die morgigen Beratungen der Ministerpräsident\*innen mit der Kanzlerin. In diesem Newsletter fassen wir die heutige Debatten- und Stimmungslage zusammen. Eines wissen wir aus den Beratungen der Stäbe im Land und den zahlreichen Äußerungen der Mediziner\*innen seit dem Wochenende: **Die derzeitigen Maßnahmen reichen definitiv nicht aus, um die 2.Welle zu brechen.** Wenn es keine härteren Maßnahmen gibt, explodieren die Fallzahlen. Die Prognosen liegen bei 20.000 Neuinfektionen / tgl. bereits am kommenden Wochenende. Ich nehme an, dass wir bundesweit abgestimmte harte Maßnahmen bekommen, die zunächst einen Zeitraum bis Ende November umfassen werden. Wie das im Einzelnen aussehen wird, bleibt abzuwarten. **Aber richtet euch darauf ein, dass es ungemütlicher wird.** Es wird wieder viel Überzeugungsarbeit geben müssen, weil härtere Maßnahmen natürlich mehr Betroffene erzeugen werden. Und weil die Zahl der Unzufriedenen steigen wird. Noch gehen wir davon aus, dass die Schulen und Kitas weitgehend offen bleiben, dass wirtschaftliche Tätigkeiten in der Breite möglich bleiben.

Ein Blick zu den europäischen Nachbarn zeigt, was passieren wird, wenn wir nicht schnell und tiefgreifend handeln: Verhältnisse wie in Tschechien, in Belgien oder Frankreich.

Und da, wo wir runterfahren, müssen wir erneut schnell und zielgerichtet entschädigen: Die Soloselbstständigen, die Gastronomen, die Kulturschaffenden, die Veranstaltungsbranche. Und dass wir gegen weitere soziale Benachteiligungen einschreiten und die Hartz-IV-Sätze anheben. Viel zu tun. Bitte macht mit und unterstützt weiterhin unseren Kurs in Baden-Württemberg! Herzliche Grüße, Uli

### Der Stand der Infektionen vom 27. Oktober 2020

#### Deutschland

27.10.2020: Gesamtzahl: 449.275 (+ 11.409); Todesfälle 10.098. 7-Tage-Inzidenz: 87,0 (RKI, 27.10.2020, 8.30 Uhr)

#### Baden-Württemberg

27.10.2020: Gesamtzahl: 72.735 (+ 1.843); genesene Personen: 52.806 (+ 592); verstorbene Personen: 1.985 (+ 8 ). 7-Tage- Inzidenz 89,9. (Landesgesundheitsamt, 27.10.2020, 16 Uhr)

## **Rhein-Neckar-Kreis**

27.10.2020: Gesamtzahl: 2477 (+ 102); aktive Fälle: 417; genesene Personen: 2015, verstorbene Personen: 45. 7-Tage-Inzidenz: 81,9 (lt. LAGA: 91,9)  
(Gesundheitsamt RNK, 27.10.2020, 0 Uhr)

**Hinweis:** Die Zahlenbasis des Kreis-Gesundheitsamtes beruht auf Meldungen vom 27.10., 0 Uhr. Das Landesgesundheitsamt erhebt täglich um 16 Uhr aktuellere Zahlen und benennt den 7-Tage-Inzidenzwert im RNK daher heute mit 91,9.

### **Aktuelle Situation im Rhein-Neckar-Kreis**

Rhein-Neckar-Kreis: 7-Tage-Inzidenz: 81,9,1 (Vortag: 67,1) / Gesamtzahl der positiv getesteten Personen: 2477 (2375) das ist ein Anstieg von 102 Fällen / „Aktive Fälle“: 417 (348).

Zweistellige Zahlen bei den „aktiven Fällen“ im Rhein-Neckar-Kreis haben derzeit außerdem: Dossenheim (11), Bammental (40), Heddesheim (15), Edingen-Neckarhausen (12), Hemsbach (12), Hockenheim (10), Ladenburg (12), Leimen (12), Meckesheim (10), Neckargemünd (11), Oftersheim (10), Plankstadt (23), Sandhausen (11), Schriesheim (12), Schwetzingen (14), Sinsheim (21) und Weinheim (39).

Heidelberg: 7-Tage-Inzidenz: 101,6 (Vortag: 83) / Gesamtzahl der positiv getesteten Personen: 846 (809) / „Aktive Fälle“: 155 (128).

<https://www.wnoz.de/Corona-Ticker-Rhein-Neckar-und-Kreis-Bergstrasse-fe6bed99-f301-4bb8-b81c-0f42367aedeb-ds>

### **Aktuelle Situation in Baden-Württemberg**

Die Einschätzung des Landesgesundheitsamtes von heute Abend: „Seit der 41. KW steigt die Anzahl übermittelter Fälle an. Insgesamt wurden 72.735 laborbestätigte COVID-19-Fälle aus allen 44 Stadt- bzw. Landkreisen berichtet, darunter 1.985 Todesfälle. Die 7Tage-Inzidenz ist landesweit auf 89,9 pro 100.000 Einwohner angestiegen. Von den 44 Stadt- und Landkreisen liegen 38 über dem Grenzwert von 50 gemeldeten Fällen pro 100.000 Einwohner in den letzten 7 Tagen. Weitere 5 Kreise erreichen oder überschreiten die 7-Tagelinzidenz von 35 Fällen/100.000 Einwohner.

Nach Daten des DIVI-Intensivregisters ([www.intensivregister.de](http://www.intensivregister.de)) von Krankenhaus-Standorten mit Intensivbetten zur Akutbehandlung sind mit Datenstand 27.10.2020, 15 Uhr 156 COVID-19-Fälle in Baden-Württemberg in intensivmedizinischer Behandlung, davon werden 84 (54%) invasiv beatmet. Insgesamt sind derzeit 2.306 Intensivbetten von betreibbaren 3.117 Betten (74%) belegt.

## **Aktuelle Situation in Deutschland**

Die Gesundheitsämter meldeten nach Angaben des Robert Koch-Instituts vom frühen Dienstagmorgen 11 409 Corona-Neuinfektionen binnen eines Tages. Am Dienstag vor einer Woche lag die Zahl noch bei 6868. Die Zahl der Neuinfektionen steigt jeden Tag um rund 70 bis 75 Prozent im Vergleich zur Vorwoche. Und das bedeutet: Wir werden wahrscheinlich schon Ende dieser Woche 20 000 Neuinfektionen am Tag haben. Aktuell ist eine zunehmende Beschleunigung der Übertragungen in der Bevölkerung in Deutschland zu beobachten.

## **Vorschau auf die Bund-Länder-Konferenz**

Hilft gegen die Ausbreitung des Coronavirus nur die erneute Schließung von Läden, Schulen und Restaurants? Am Mittwoch beraten Bund und Länder wieder. Bei den Gesprächen am Mittwoch soll es um mögliche weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens gehen.

Das Kanzleramt will dabei im Gegensatz zum Lockdown im Frühjahr dafür werben, dass Schulen und Kitas weiter geöffnet bleiben, außer in Regionen mit katastrophal hohen Infektionszahlen. Auch der Einzelhandel solle mit neuen Einschränkungen offen bleiben, bei Gastronomie und Veranstaltungen plädiert das Kanzleramt für ein hartes Vorgehen.

## **Diskussion über weitere Maßnahmen**

Vor neuen Bund-Länder-Beratungen über das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie verstärkt sich die Debatte über strenge, aber kurzzeitige Lockdowns. Fast zwei Drittel der Bürger rechnen nach einer YouGov-Umfrage im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur damit, dass es wegen der stark steigenden Infektionszahlen wieder zu Schließungen von Geschäften, Restaurants oder Schulen kommen wird. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der dpa sagten 63 Prozent, dass sie einen Lockdown mit Schließungen von Geschäften, Restaurants oder Schulen erwarten. Nur 23 Prozent glauben nicht daran, 13 Prozent machten keine Angaben.

Einer weiteren Umfrage zufolge hält gut jeder zweite Deutsche die geltenden Auflagen zum Eindämmen der Pandemie für angemessen. 51 Prozent der Befragten sind im „Deutschlandtrend im ARD-Morgenmagazin“ dieser Ansicht. Das sind 8 Prozentpunkte weniger als zu Monatsbeginn. Für 32 Prozent gehen die aktuellen Einschränkungen nicht weit genug, ein Plus von 5 Punkten. 15 Prozent halten die Auflagen hingegen für zu weitgehend, das sind 4 Prozentpunkte mehr als Anfang Oktober.

Von vielen Stellen werden schnelle und entschlossene Schritte gefordert, um die neue Infektionswelle zu brechen. Diese sollten zielgerichtet und zeitlich befristet sein. Und sie sollten deutschlandweit möglichst einheitlich getroffen werden und allgemein verständlich sein. In diesen Wochen entscheidet sich, ob Deutschland weiter vergleichsweise gut durch die Pandemie kommt.

### **Forderung 1: einheitlichere und striktere Maßnahmen**

Wenn es in ganz Deutschland immer mehr rote und dunkelrote Gebiete gibt, braucht es mehr einheitliche Maßnahmen, nach einheitlichen Standards, und auch unabhängig von regionalen Entwicklungen. Die Frage ist, ob der Level gesamtdeutsch nicht so hoch ist, dass wir stärkere Maßnahmen treffen müssen.

Aus dem Lager hört man vermehrt, dass lieber gleich und richtig als spät und halbherzig, und lieber mit einer wirksamen Therapie als mit reinen Placebos zu handeln sei. Konkrete Forderungen blieben Vertreterinnen und Vertreter aber schuldig.

### **Forderung 2: befristete Schließung zahlreicher Einrichtungen**

Es geht um ein Konzept, bei dem man über zwei Wochen hinweg mit Ankündigung - in der Regel mit einer Woche Vorlauf - bundesweit Einrichtungen schließt: Restaurants, Bars, Kneipen, alle Kulturstätten, Fitnessstudios, Vereine. Offen bleiben aber Schulen, Kitas und essenzielle Geschäfte. Private Treffen müssen auf ein absolutes Minimum reduziert werden. In Betrieben sollte so viel Homeoffice gemacht werden wie möglich.

### **Forderung 3: einwöchiger, kompletter Lockdown**

Ein radikalerer Vorschlag kommt dabei aus dem Süden. Der baden-württembergische Innenminister und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Thomas Strobl (CDU) fordert bei einer weiteren Verschärfung der Lage einen gut einwöchigen Lockdown in Deutschland. Damit könne man das Infektionsgeschehen zum Stillstand bringen, argumentierte Strobl ohne auf Details einzugehen. Auf breiten Zuspruch für seinen Vorschlag kann Strobl zunächst nicht hoffen. Aus Regierungskreisen in Stuttgart hieß es am Dienstag, es werde wegen des Lernerfolgs aus den Monaten März und April weiter alles daran gesetzt, Schulen, Kitas und die Wirtschaft unter Pandemiebedingungen in Betrieb halten zu können.

Diese Forderung hat Thomas Strobl wohl nicht innerparteilich abgestimmt, denn die Spitzenkandidatin der CDU rudert prompt zurück: und warnt, dass ein kompletter Lockdown nicht nur wirtschaftlich, sozial und bildungspolitisch verheerende Folgen. Es sei derzeit auch nicht verhältnismäßig. Das Kernproblem seien die privaten Aktivitäten, Feiern und Kontakte - in der Regel mit viel Nähe und ohne Maske. Diese Events würden all die anderen Lebensbereiche bedrohen. Strobls CDU-Kollegin plädiert deshalb dafür Schulen, Kitas, Betriebe und Einzelhandel grundsätzlich offen zu halten und nur dort lokal und zeitweise einzuschränken, wo Infektions-Hotspots auftreten.

Dagegen hält die Göttinger Forscherin Viola Priesemann vom Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation einen befristeten Lockdown durchaus für sinnvoll: „Wenn man den Lockdown kurz und konzertiert macht, ist es für alle gut“, sagte sie dem Deutschlandfunk. „Für die Menschen, für die Wirtschaft, für die Gesundheit, für unser Sozialleben.“ Es reiche nicht aus, wenn sich 70 Prozent der Leute ein wenig zurücknehmen

und 30 Prozent der Menschen nicht. Insofern werde es ohne eine konzertierte Aktion enorm schwierig, die Fallzahlen wieder herunterzubekommen.

Der baden-württembergische Städtetag schließt einen strikten Lockdown im Land nicht vollkommen aus, sollte die Zahl der Infektionen trotz schärferer Einschränkungen weiter steigen. Statt einer stufenweise Wiederholung des Lockdowns vom Frühjahr sei in diesem Fall „ein gut vorbereiteter, zeitlich strikt begrenzter und damit kalkulierbarer umfassender Shutdown von einigen Tagen, der auch den privaten Bereich erfasst, wirksamer“, sagte der Präsident des Städtetags und Mannheimer Oberbürgermeister, Peter Kurz. Ein „Lockdown light“ hätte hingegen mehr Schaden als Nutzen.

### **Wissenschaftler fordern drastische Reduzierung von sozialen Kontakten**

Die Deutsche Nationale Wissenschaftsakademie Leopoldina und fünf andere Forschungsgemeinschaften fordern eine drastische Reduzierung von sozialen Kontakten in der Corona-Krise. Notwendig sei angesichts steigender Infektionszahlen eine Verringerung der Kontakte ohne Vorsichtsmaßnahmen auf ein Viertel, nach bundesweit einheitlichen Regeln, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Leopoldina, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. Gemeint sind damit alle Kontakte, die ohne die aktuell geltenden Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen stattfinden.

„Eine Halbierung der Kontakte ohne Vorsichtsmaßnahmen eines jeden Einzelnen reicht laut wissenschaftlichen Simulationen des möglichen Pandemieverlaufs gegenwärtig nicht aus, um die Zahl von Neuinfizierten pro Woche zu senken“, erklärten die Experten weiter. Der Anstieg der Infektionszahlen sei in vielen Orten Deutschlands nicht mehr kontrollierbar. „Je früher eine konsequente Reduktion von Kontakten ohne Vorsichtsmaßnahmen erfolgt, desto kürzer können diese andauern und desto weniger psychische, soziale und wirtschaftliche Kollateralschäden werden diese verursachen“, heißt es.

Jeder Kontakt, der den Gesundheitsämtern entgehe, sei der Keim einer neuen Infektionskette, die sich dann der Kontrolle entziehe. „Steigt die Zahl der unerkannten Virusträger weiter signifikant, dann geben immer mehr Personen das Virus weiter, ohne davon zu wissen, und treiben das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen an“, heißt es in der Erklärung. Nach drei Wochen einer entsprechenden Senkung der Kontakte sei es entscheidend, die dann erreichte niedrige Fallzahl mit bundeseinheitlichen und konsequent verfolgten Schutzmaßnahmen zu halten. Dazu gehören nach Darstellung der Wissenschaftler unter anderem die Einhaltung der sogenannten AHA+L+A-Regeln (Abstands-, Hygiene- und Alltagsmasken, Lüften und Corona-Warn-App).

<https://www.leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/2748/>

[https://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2020\\_Gemeinsame\\_Erklaerung\\_zur\\_Coronavirus-Pandemie.pdf](https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_Gemeinsame_Erklaerung_zur_Coronavirus-Pandemie.pdf)

### **Positive Testergebnisse über Warn-App teilen**

Die Corona-Warn-App des Robert-Koch-Instituts ist bislang rund 20 Millionen Mal heruntergeladen worden. Sie ist damit ein zentraler Bestandteil bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, denn sie unterstützt bei der Unterbrechung von Infektionsketten und der Nachverfolgung von Kontakten.

Die App ist ein Angebot der Bundesregierung. Download und Nutzung der App sind vollkommen freiwillig. Sie ist kostenlos im App Store und bei Google Play zum Download erhältlich.

Die App kann ihrem Nutzer oder ihrer Nutzerin mitteilen, dass es zu einem Kontakt mit einer infizierten Person gekommen ist. Sie hat hier also eine Benachrichtigungsfunktion. Das Prinzip hinter der Corona-Warn-App ist einfach: Je mehr Leute sie nutzen, desto schneller lassen sich Infektionsketten unterbrechen. Damit die App ein Erfolg wird, braucht es tatkräftige Unterstützung – von Institutionen, Unternehmen, aber auch von Einzelnen, die möglichst viele Menschen erreichen und sich die App auf ihr Smartphone laden. Damit die App dies auch leistet, müssen infizierte Personen aber auch ihrerseits ein positives Testergebnis in der App mitteilen. Bundesweit geschieht dies aber nicht oft genug.

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/aktuelles/positive+testergebnisse+ueber+warn-app+mitteilen.html>

### **Erste Intensivstationen in Europa überlastet - WHO mahnt zur Vorsicht**

Zu wenig Intensivbetten, Mangel an Personal: Viele Länder scheinen dem Ansturm der Corona-Patienten nicht mehr lange standhalten zu können. Auch die WHO warnt vor Überlastungen der Krankenhäuser auf der Nordhalbkugel. An einigen Orten füllten sich die Intensivstationen schnell.

Wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur am Dienstag ergab, sind teils die Kapazitätsgrenzen sogar schon erreicht. Dies gilt unter anderem für Regionen in Belgien, Großbritannien und Tschechien.

So sind in der belgischen Provinz Lüttich Dutzende Ärzte und Pfleger in den völlig überlasteten Kliniken nach Angaben von Gewerkschaftern trotz Corona-Infektion im Dienst. „Wir müssen wählen zwischen einer schlechten und einer sehr schlechten Lösung“, sagte Philippe Devos vom Verband der medizinischen Gewerkschaften der Deutschen Presse-

Agentur. Die sehr schlechte Lösung sei, Patienten gar nicht zu behandeln. **Belgien** ist nach Angaben der EU-Seuchenbehörde ECDC EU-weit das Land mit den meisten Corona-Infektionen binnen 14 Tagen pro 100 000 Einwohner - dieser Wert lag am Dienstag bei 1390,9. Patienten wurden auch über die deutsche Grenze nach Aachen verlegt.

Auch in **Großbritannien** ist die Lage sehr angespannt. Die Kapazität erster Kliniken etwa im Großraum Manchester ist Medienberichten zufolge erschöpft. Das Problem: Der staatliche Gesundheitsdienst NHS ist chronisch unterfinanziert. Schon bei einer Grippewelle im Winter können viele Kliniken dem Ansturm der Patienten nicht Herr werden. Tausende Operationen wurden bereits abgesagt, die Regierung ließ mehrere provisorische Kliniken errichten. Schon während der ersten Ausbruchswelle starben viele Ärzte und Krankenpfleger. Da es nicht ausreichend Schutzkleidung und Masken gab, hatten einige sogar versucht, sich mit Müllbeuteln gegen das Virus zu wappnen. An Tests mangelt es noch heute. Nach Angaben der Statistikbehörde gibt es über 61 000 Totenscheine, auf denen eine Corona-Infektion vermerkt ist.

**Tschechien** hat drastische Maßnahmen wie eine nächtliche Ausgangssperre beschlossen, um eine innerhalb von zwei Wochen erwartete Überlastung der Krankenhäuser doch noch zu verhindern. Das Gesundheitsministerium ordnete an, in allen Kliniken planbare Operationen zu verschieben. Von den insgesamt knapp 4000 Intensivbetten sind nur noch rund 1100 für Covid-Erkrankte und alle anderen Patienten verfügbar. Große Sorgen bereitet der Personalmangel. Mehr als 13 000 Mitarbeiter im Gesundheitswesen haben sich nach Angaben der Ärztekammer selbst mit Corona infiziert. Die meisten arbeiten weiter, wenn sie keine Symptome zeigen.

In **Russland** ist besonders die Hauptstadt Moskau betroffen, wo auch provisorische Hospitäler gebaut wurden. Nach offiziellen Zahlen vom Dienstag wurden dort innerhalb eines Tages mehr als 1200 Covid-19-Kranke in Kliniken gebracht. Aus den Regionen gibt es Medienberichte, wonach viele Krankenhäuser bereits überlastet sind, Patienten auf den Fluren behandelt werden und Ärzte fehlen.

Düster sind die Aussichten für die kleinen Länder **Litauen** und **Lettland**. „Wenn es so weitergeht, könnte das Gesundheitssystem, eines der schwächsten in Europa, in einem Monat zusammenbrechen“, sagte Liene Cipule, Leiterin des Notfalldienstes, bei einer Debatte im lettischen Parlament. Auch in **Ungarn** und den **Balkanstaaten** sorgen sich Experten, weil das Gesundheitswesen vielerorts unterfinanziert ist und es an Ärzten und Pflegepersonal mangelt. Jede Abweichung vom gewohnten Gang könne chaotische Zustände auslösen, heißt es.

In **Frankreich** ist die Lage insbesondere in Paris und im Südosten des Landes angespannt. Am Montag waren rund 2770 Schwerkranke auf Intensivstationen - das ist etwa knapp die Hälfte der Gesamtkapazität. Auch viele Regionen in **Spanien** geraten unter Druck. In Madrid und Aragón sind schon über 40 Prozent der Intensivbetten mit Covid-19-Patienten belegt. In

**Italien** warnten die Behörden bereits vor einer „hohen Wahrscheinlichkeit“, dass in verschiedenen Regionen bald die Kapazitäten nicht mehr ausreichen könnten.

In **Deutschland** mangelt es zwar nicht an Intensivbetten, wohl aber an Pflegepersonal. Das sagte der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Uwe Janssens, den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Dienstag). Es gebe inzwischen zwar „ausreichend Kapazitäten an freien Intensivbetten und Beatmungsgeräten“. Das allein helfe aber nicht weiter, „wenn wir kein Personal haben, um die Patienten zu versorgen“. Hierin liege „das viel größere Problem“. Grob geschätzt fehlten bundesweit 3500 bis 4000 Fachkräfte für die Intensivpflege, sagte Janssens.

Die Covid-Taskforce der **Schweizer Regierung** schätzt nach einem Medienbericht, dass die Intensivbetten Mitte November voll belegt sein werden, falls die Ansteckungen weiter so zunehmen. In **Österreich** gibt es noch Platz auf den Intensivstationen: Von den rund 2500 Intensivbetten stehen der Gesundheitsbehörde Ages zufolge rund 840 für Corona-Patienten bereit, von denen am Dienstag 203 belegt waren.

Die **niederländischen Krankenhäuser** können dem Druck durch die steigende Patientenzahl kaum standhalten. Viele Operationen wurden abgesagt. Etwa jedes zweite Bett auf Intensivstationen ist inzwischen mit einem Covid-19-Patienten belegt. Die ersten zwei Patienten wurden bereits nach Münster ausgeflogen. Weitere sollen folgen.

Deutlich entspannter ist die Lage in den fünf nordischen Ländern **Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland** und **Island**. Ein leitender Arzt sagte, dass weiter massig Platz in den dänischen Krankenhäusern sei.

<https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---26-october-2020>

<https://www.ecdc.europa.eu/en/cases-2019-ncov-eueea>

### **Polen verzeichnet mehr als 16 000 Corona-Neuinfektionen**

In Polen hat die Zahl der täglichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus erstmals die Marke von 16 000 überschritten. Innerhalb von 24 Stunden kamen 16 300 neue Fälle hinzu, die meisten davon in der Region um die Hauptstadt Warschau (3529). Das teilte das polnische Gesundheitsministerium am Dienstag mit. Im gleichen Zeitraum starben 132 Menschen in Zusammenhang mit dem Virus.

Der bisherige Rekordwert war mit 13 632 Fällen am vergangenen Freitag erreicht worden. Seit Beginn der Pandemie gab es in Polen 4615 Todesfälle in Verbindung mit einer Covid-19-Erkrankung. Das Land hat rund 38 Millionen Einwohner. Polen wird vom Robert Koch-Institut als Risikogebiet eingestuft. Seit Samstag sind in dem Land alle Restaurants und Bars für einen

Zeitraum von zwei Wochen geschlossen, Versammlungen mit mehr als fünf Personen sind verboten.

<https://www.nzz.ch/international/coronavirus-polen-verzweifelter-kampf-der-aerzte-gegen-die-zeit-ld.1583322?reduced=true>

### **Steigende Corona-Zahlen: Russland verschärft Maskenpflicht**

Angesichts von täglich mehr als 16 000 neuen Corona-Fällen verschärft Russland die Sicherheitsvorkehrungen. Die Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor ordnete am Dienstag eine Maskenpflicht an allen Orten an, wo sich mehr als 50 Menschen aufhalten können. Ein Mund-Nasen-Schutz ist demnach etwa in Fahrstühlen, auf Parkplätzen und in Taxis Pflicht. In der Hauptstadt Moskau muss der Mund-Nasen-Schutz bereits in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und in Supermärkten getragen werden.

Zudem empfahl die Behörde den jeweiligen Regionen in Russland eine Sperrstunde für Bars, Restaurants und Diskotheken. Sie sollte zwischen 23.00 und 6.00 Uhr am Morgen gelten. Die Entscheidung darüber solle vor Ort getroffen werden. Die Moskauer müssen bereits einen QR-Code anfordern, wenn sie in den Nachtstunden tanzen gehen oder Bars aufsuchen. Bei einem Corona-Fall erhalten die Besucher eine SMS und werden aufgefordert, sich testen zu lassen.

In Russland mit seinen 146 Millionen Einwohnern haben sich laut offizieller Statistik seit Beginn der Pandemie im Frühjahr mehr als 1,5 Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Mehr als 1,1 Millionen gelten inzwischen als genesen. Am Dienstag kamen demnach 16 550 Infektionen hinzu. 320 Menschen seien mit dem Virus gestorben - das ist der bislang höchste Tageswert. Insgesamt gab es bereits 26 589 Todesopfer.

Zum Vergleich: In Deutschland mit deutlich weniger Einwohnern als in Russland gab es bislang mehr als 449 000 Infektionen.

[https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-russland-verschaerft-corona-auflagen.1939.de.html?drn:news\\_id=1187945](https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-russland-verschaerft-corona-auflagen.1939.de.html?drn:news_id=1187945)

### **Nachrichten ohne Corona**

#### **Der Verpackungsmüll-Berg wächst - was tun?**

Heute fand die Mehrweg-Konferenz der Deutsche Umwelthilfe statt. Dabei ging es nicht nur, aber vor allem um den Getränke-Bereich - wo Mehrweg-Flaschen seit Jahren auf dem

Rückzug sind. 2018 lag ihr Anteil noch bei 41,2 Prozent, wie das UBA kürzlich mitgeteilt hatte - ein Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Grund genug Euch einen kleinen Überblick zum Thema „Verpackungsmüll“ zu bieten.

Der Kaffee zum Mitnehmen, das Abendessen vom Lieferservice, der Joghurt in kleinen Einzelportionen und die neue Jeans im Netz bestellt: Das ist bequem, produziert aber immer mehr Abfall. Umweltschützer sehen Handlungsbedarf - auch bei den Bürgern.

Es ist ein Rekord, über den sich kaum jemand freut: Fast 19 Millionen Tonnen Verpackungsmüll haben die Deutschen im Jahr 2018 produziert, so viel wie nie zuvor. Verteilt auf alle Bundesbürger macht das 227,5 Kilo pro Kopf, nochmal ein Kilo mehr als im Vorjahr, wie das Umweltbundesamt am Dienstag vorrechnete. Private Verbraucher hatten daran erneut einen Anteil von 47 Prozent, also knapp der Hälfte. Sie produzierten über 8,9 Millionen Tonnen Verpackungsmüll oder 107,7 Kilo pro Kopf.

Woran liegt es? Neben dem Wirtschaftswachstum dürften vor allem die Konsumgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger zum Anstieg beitragen, aber auch ein Trend bei Herstellern zu wiederverschließbaren Verpackungen, Dosierhilfen und generell aufwendigeren Verschlüssen. Zusätzliche Funktionen sind häufig mit einem zunehmenden Materialverbrauch verbunden. Dazu kommen Trends zu kleineren Portionen, zum Online-Einkauf und zu Essen und Trinken „to go“, also zum Mitnehmen - eine Frage des Lebensstils.

Was passiert mit dem Verpackungsmüll? In Deutschland fällt zwar viel davon an, es wird davon aber auch viel recycelt - 2018 waren es rund 69 Prozent. Je nach Material sind die Unterschiede groß: Bei Stahl sind es 91,9 Prozent, bei Aluminium 90,1, bei Papier und Karton 87,7 Prozent und bei Glas 83 Prozent. Verpackungsmüll aus Kunststoff wurde dagegen nur zu 47,1 Prozent wiederverwertet, aus Holz sogar nur zu 25,3 Prozent.

Was ist zu tun? Verpackungen sollten vermieden werden, bevor sie überhaupt anfallen: Mehrwegbecher etwa für Kaffee müssten die Regel werden, und wer Essen mitnimmt, sollte das in Mehrwegbehältern tun können. Hersteller sollten Verpackungen möglichst einfach gestalten, damit sie gut zu recyceln seien, und Mehrwegverpackungen verwenden

So sieht man das auch im Bundesumweltministerium: „Mehrweg müsse in verschiedenen Bereichen gestärkt werden, vor allem auch im Online-Handel. Das sei der am stärksten wachsende Bereich im Verpackungsmarkt und der Trend zum Bestellen im Netz lasse sich nicht zurückdrehen.“

Letzteres dürfte stimmen - jedenfalls erwartet der Bundesverband Paket und Expresslogistik im November und Dezember etwa 420 Millionen Paketzustellungen, rund 20 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Ob das für sich genommen schon automatisch ein Umweltproblem ist, ist umstritten - der Trend zu individualisierten Flaschen, die zwischen Schleswig-Holstein und Bayern hin und her

gekartt werden müssten, wirkt sich schlecht auf die Ökobilanz aus. Gibt es regionale Kreisläufe und kurze Transportwege, ist Mehrweg aber in der Regel im Vorteil.

Was wird schon getan? Das seit Anfang 2019 gültige Verpackungsgesetz sieht eine Mehrweg-Zielmarke von 70 Prozent bei Getränken vor - die unter anderem erreicht werden soll, indem an Supermarktregalen steht, ob es sich um Einweg- oder Mehrwegflaschen handelt. Wenn der Trend sich nicht aufhalten lasse und im Handel nicht deutlich mehr Mehrweg angeboten wird, muss man schlussendlich auch über Quoten nachdenken, die dies dem Handel vorschreiben.

Das Verpackungsgesetz sieht auch steigende Recyclingquoten vor sowie finanzielle Anreize für Hersteller, ihre Verpackungen recyclingfreundlich zu gestalten. Eine echte Bilanz, wie das Gesetz wirkt, gibt es aber noch nicht. Umweltschützer halten es für unzureichend - und fordern unter anderem, über eine Einweg-Abgabe bestimmte Verpackungen zu verteuern, die Müllberge zu verkleinern.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/mehrweganteil-bei-getraenken-sinkt-weiter>

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/aufkommen-verwertung-von-verpackungsabfaellen-in-13>

## Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

### Webseiten

#### Bundesebene und weltweit:

[https://www.rki.de/DE/Home/homepage\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html)

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

#### Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

#### Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

#### Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[file:///Itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt\\_Coronavirus\\_Selbsteinschaetzung.pdf](file:///Itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf)

#### Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

#### Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

### **Hotlines Baden-Württemberg:**

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

**Rhein-Neckar-Kreis:** Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)